

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser

Alle haben gestaunt über den Steuerdeal von Hans-Rudolf Merz. Doch so locker, wie uns dies der abgetretene Bundesrat weismachen wollte, ist der Steuerstreit mit Deutschland nicht gelöst. Bereits

warnen bürgerliche Parlamentarier davor, dass die Schwelle für die erweiterte Amtshilfe in Steuerfragen zu tief angesetzt sein könnte (Seite 5). Sollte es sich bestätigen, dass mit dem Abkommen mit Deutschland faktisch eine Light-Version eines automatischen Informationsaustauschs durch die Hintertüre eingeführt wird, erleidet der Steuerdeal in den eidgenössischen Räten Schiffbruch. Selbst SP-Präsident Christian Levrat staunt darüber, dass die Schweiz als Preis für die von den Banken forcierte Abgeltungssteuer nun so extensiv Amtshilfe leisten will. So könnte sich der Verhandlungssieg von Merz im Nachhinein als Pyrrhussieg erweisen: als ein zu teuer erkaufter Erfolg zum Abgang als Bundesrat.



Eine Gratwanderung muss an diesem Wochenende am Parteitag in Lausanne die SP vollziehen. Wie gross die Richtungsunterschiede intern sind, hat die Debatte über das Parteiprogramm gezeigt. Zwar belegt unser Angstbarometer auf Seite 3, dass die Furcht vor Ausländern in der Bevölkerung abnimmt. Dennoch weisen Umfrageergebnisse zur Ausschaffungsinitiative darauf hin, dass es ein fataler Fehler der SP ist, wenn sie die Ausländerpolitik einfach der SVP überlässt. Als Test für die Modernisierung der SP erweist sich die Parolenfassung zum Gegenvorschlag zur Initiative, für den Bundesrätin Simonetta Sommaruga und ein Komitee rund um die SP-Nationalräte Daniel Jositsch, Andy Tschümperlin und Fraktionschefin Ursula Wyss werben. Gelingt es ihnen, die Delegierten zu überzeugen, oder setzt sich die SP heute mit den katholischen Bischöfen und Abt Martin Werlen von Einsiedeln (Seite 9) ins Boot derer, die im Gegensatz zur CVP nicht nur die Initiative, sondern auch den Gegenvorschlag ablehnen? MARTIN SPIELER

MELDUNGEN

Grübel kündigt an, mit der UBS wieder hohe Risiken einzugehen



ZÜRICH Der UBS-Chef Oswald Grübel findet die Risiken, die seine Bank jüngst eingegangen ist, zu niedrig. Er wolle im Investmentbanking in alte Gewinnphären zurück, sagte er der «Welt am Sonntag». Just wegen des Investmentbankings war die UBS in Schwierigkeiten geraten und im letzten Quartal resultierte dort ein Minus von 406 Millionen Franken.

Die SVP will den Bundesräten die Gehälter stutzen

BERN Die SVP prüft eine Volksinitiative, die die Bundesratslöhne von 450 000 Franken im Jahr kürzen will. Dies, weil die Zahl der Staatssekretäre von heute vier auf bis zu zehn erhöht werden soll. Wenn die Bundesräte die Arbeit künftig an Staatssekretäre delegierten, seien die heutigen Löhne «nicht mehr zu rechtfertigen», so SVP-Chef Toni Brunner. (AW)

HEUTE

INSERATE

LOTTO	S. 38
SPORT AM TV	S. 38
LESERANGEBOT	S. 52
TV-PROGRAMM	S. 50
RÄTSEL	S. 77
HOROSKOP	S. 87
COMICS/IMPRESSUM	S. 96
WETTER	S. 40

BILDUNG UND KURSE	S. 18
FERIEN UND REISEN	S. 90
IMMOBILIEN KAUF	S. 60
IMMOBILIEN MIETE	S. 66
KINO	S. 48
VERANSTALTUNGEN	S. 42
MARKTPLATZ	S. 18
RENDEZ-VOUS	S. 18

Gebeutelte Antifeministen

Das erste internationale Treffen zeigt: Diese Männer haben echte Probleme

VON CHRIS WINTELER

ZÜRICH Schliesslich landen die Antifeministen und ihr medialer Begleitross in einem tristen Seminarraum. «Himmeltraurig», findet René Kuhn, 43, Mitgründer der IG Antifeminismus (IGAF), «dass wir quasi in den Untergrund gezwungen werden.» Ursprünglich hätte das erste Internationale Antifeminismus-Treffen in einer lauschigen Location in Uitikon ZH stattfinden sollen. Nachdem linke Aktivisten mit Radau drohten und das Gemeindehaus mit Sprayereien verschmierten, zog sich der Gastgeber zurück.

Dafür habe die IGAF nun doppelt so viele Mitglieder, «sicher etwa 2000, wir können die Anmeldungen gar nicht mehr zählen», so

Kuhn. Am Donnerstag sagte der ehemalige Luzerner SVP-Präsident: «Die ganze Welt interessiert sich für die Tagung.» Eine TV-Station nach der andern melde sich an, «BBC und so weiter», er habe den Überblick verloren. Gekommen sind drei Regionalsender.

«Tragische Fälle, glauben Sie mir, es ist zum Weinen»

Kuhn ist das Zugpferd der IGAF. Man wisse halt, wofür er stehe. Er warse, der Schweizer Frauen als «Vogelscheuchen» bezeichnet hatte. Sein Buch «Zurück zur Frau» verkaufte sich 8000-mal. Dutzende Männer hätten sich ihm nach der Lektüre anvertraut. «Unglaublich tragische Fälle, glauben Sie mir, es ist zum Weinen.» Selber aber gehts ihm gut, verheiratet mit

Oxana, einer blonden Russin, zusammen haben sie eine kleine Tochter. Oxana sei «zu 100 Prozent emanzipiert». Aber keine Feministin! Denn Feminismus gleich Frauenprivilegien auf Kosten der Männer. Staubsaugen, einkaufen, er mache alles, «aber fragen Sie doch meine Frau». Oxana Kuhn sagt: «Ich kann mich wirklich nicht beklagen, sorry.» Ob sie sich fürs Foto setzen könnten, bittet sie, sie trage hohe Absätze, möchte den Mann nicht überragen.

Rund 100 Männer sind gekommen, viele aus Deutschland. Frustrierte Geschiedene, traurige Väter. Ihr Schicksal verbindet. Gesprächsfetzen beim Mittagsbuffet: «Sie hat mich ruiniert», «Ich warte auf den Gerichtsentscheid», «Ich habe meinen Sohn sieben Monate nicht ge-

sehen». Zur gleichen Zeit demonstrieren in Zürich 40 Leute gegen das Treffen.

Engagierte Redner, aufmerksame Zuhörer: George Zimmermann von der IG geschiedener Männer spricht von «Scheidung als weiblichem Volkssport». 80 Prozent der Scheidungen würden von Frauen eingereicht. Alfredo Stüssi, Präsident der Männerpartei Schweiz, hat News: Die Partei heisse neu «Subitas» – «also hopp, wir machen». 2011 wolle er mit «Subitas» in den Nationalrat. Es gibt keinen Skandal, keine Provokation. Der Name «Antifeminismus» sei nicht glücklich gewählt, gibt Kuhn zu. Aber: «Wäre jemand gekommen, wenn wir «Pro Männerrechte» hiessen? – Ziel erfüllt, Aufmerksamkeit erreicht.»



Kämpfen für Männerrechte: Oxana und René Kuhn und «Subitas»-Chef Alfredo Stüssi. Das Logo der IG Antifeminismus provoziert. In Zürich kam es am Samstag zu einer Gegen-demonstration.

FOTOS: MORITZ HAGER, EQ IMAGES, KEYSTONE



www.antifeminismus.ch

Bundeskanzlei überprüft Top-Kader des Bundes

Direkte Folge des Falls Nef

BERN Die Top-Kader der Bundesverwaltung werden künftig von der Bundeskanzlei auf ein Sicherheitsrisiko hin überprüft. Bisher hatte diese die Stelle für Personensicherheitsprüfungen (PSP) im Verteidigungsdepartement (VBS) gemacht. Da diese aber bei der Ernennung des ehemaligen Armeechefs Roland Nef versagte, hatte die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats verlangt, dass die Prüfstelle vom VBS weg in die Bundeskanzlei oder ein anderes Departement verlagert wird.

Der Bundesrat war gegen diese Verlagerung. Nach einem längeren Hin und Her wurde nun ein Kompromiss gefunden.

Die Stelle für Personensicherheitsprüfungen bleibt im VBS, da

90 Prozent der Überprüfungen das VBS betreffen. Amtsdirektoren oder sonstige Top-Kader des Bundes, die weitreichende Einblicke in die Regierungstätigkeit haben, werden ab Anfang 2011 jedoch von der Bundeskanzlei geprüft. Dies hat der Bundesrat im letzten Juni entschieden, wie Bundesratssprecher André Simonazzi jetzt bestätigt.

Für die Sicherheitsprüfungen werden in der Bundeskanzlei zwei Stellen geschaffen. GPK-Subkommissionspräsidentin Ida Glanzmann ist noch immer «skeptisch», ob diese Zweiteilung sinnvoll ist: «Die GPK wird Mitte 2011 eine Nachprüfung zur Umsetzung ihrer Empfehlungen machen.»

JOËL WIDMER

Manipulation am Videomaterial war laut Experte doch möglich

Prügelvorwurf an Wärter: Gefälschter Rapport?

ZÜRICH Die Ermittlungen im Fall der fünf Wärter, die einen Zürcher Financier im Lausanner Gefängnis Bois Mermet verprügelt haben sollen, bringen brisante Details ans Licht. Im Zentrum der Untersuchung steht ein verschollenes Video. Eine Überwachungskamera hätte den Vorfall, den die Aufseher bestreiten, festhalten sollen. Doch genau während der angeblichen Prügelei fiel das Gerät aus – wegen eines Stromunterbruchs, wie das Gefängnis sagt. Es sei ausgeschlossen, dass das Gerät manuell abgeschaltet wurde, dies hätten Fernmeldetechniker in einem Rapport festgehalten, sagte Denis Pittet vom Waadtländer Innendepartement. Einer der Spezialisten widerspricht nun dem Rapport, den er selber unterzeichnet hat. Gegenüber dem

Untersuchungsrichter sagt er, Manipulation sei sehr wohl möglich. Als ihn der Ermittler nach der Passage im Rapport fragte, wo das Gegenteil steht, sagte er: «Ich weiss nicht, was das heisst.» Pikant: Die Passage steht nach den Unterschriften. Wurde sie später hinzugefügt, ohne Wissen des Spezialisten? Er will der Sonntags-Zeitung keine Auskunft geben.

Der Lausanner Bundesanwalt, der gegen den betroffenen Financier ermittelt, ist inzwischen vom Fall suspendiert worden. Am Mittwoch setzte der Bundesrat in dem Fall einen Sonderermittler ein. Der Bundesanwalt soll die Finma und Grossbanken mit falschen Informationen über eine Zürcher Firma beliefert haben.

CATHERINE BOSS